

Die Langzeitfolgen sind noch unklar

PFC-Skandal zieht weiter Kreise: Die komplette Auswertung der Studie soll im Dezember vorliegen

Von unserer Mitarbeiterin Patricia Klatt

Rastatt/Bühl. Der Skandal um mit PFC belastetes Ackerland ist dem Land Baden-Württemberg seit 2013 bekannt. Mehr als 600 Hektar rund um Rastatt und Baden-Baden sind mit den umweltschädlichen sogenannten per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) verunreinigt. Auch Flächen im Norden Mannheims gehören dazu. Im Verdacht steht vor allem eine Kompostfirma aus Baden-Baden. Sie soll bis zum Jahr 2008 Kompost an Bauern für ihre Felder verkauft haben, der PFC-haltige Papierschlämme enthielt. Jetzt wurde erstmals das Blut von Menschen in Mittelbaden von amtlicher Seite untersucht. Ergebnis: Die Werte waren teilweise stark erhöht. Die Langzeitfolgen sind noch unklar.

Bürgerinitiative hatte bereits Blut untersucht

„Personen, die Gemüse und Obst aus den betroffenen Gebieten verzehrt haben, weisen kaum höhere Werte als Teilnehmende außerhalb der belasteten Gebiete auf“, sagte Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) jetzt in Stuttgart. Aber: „Höhere Werte wurden bei den Personen gemessen, die über das Trinkwasser in Kontakt mit per- und polyfluorierten Chemikalien kamen.“ Insgesamt lägen die Werte aber nicht über den bei vergleichbaren PFC-Fällen in anderen Bundesländern, wie etwa in Altötting in Bayern, gemessenen.

Rund 644 Hektar Ackerfläche wurden in Mittelbaden wohl durch PFC-belastete Komposte verunreinigt. Gesundheitsminister Lucha hatte daraufhin erste Blutkontrolluntersuchungen betroffener Bewohnerinnen und Bewohner angeordnet. Dabei wurde das Blut von 348 Freiwilligen aus dem belasteten Gebiet in Mittelbaden in dem Monitoring von einem unabhängigen Labor auf per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) untersucht (siehe Hintergrund). „Alle Probanden waren älter als 29 Jahre, das Alter war vom Expertengremium mit mindestens 30 Jahren vorgegeben. Kinder waren nicht im Untersuchungskollektiv“, so das Ministerium auf Nachfrage der Badischen Neuesten Nachrichten. Es ist nicht überraschend, dass auch in

Mittelbaden der Hauptweg der PFC-Aufnahme über das belastete Wasser erfolgt. Gleiches hatte sich bei den diesjährigen Messungen aus den PFC-Regionen in Bayern gezeigt, auch das Umweltbundesamt weist seit langem auf diesen Aufnahmeweg hin. Die Bürgerinitiative „Sauberes Trinkwasser für

Kuppenheim“ (BSTK), die lange darum gekämpft hatte, dass endlich Blutuntersuchungen vom Land angeordnet wurden, hatte bereits 2015 und 2016 in von ihr initiierten Messungen Werte zwischen zwölf und 64 Mikrogramm PFOA pro Liter Blut gefunden. Eine Abnahme der PFC-Konzentration im Blut war da-

mals nur bei den Teilnehmern festzustellen, die vollständig vom Wasserhahn auf abgepacktes Wasser umgestiegen waren. Bei dem aktuellen Monitoring des Ministeriums wurden nun bei der „Trinkwassergruppe“ maximale PFOA-Werte von ebenfalls mehr als 60 Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$) Blut gemessen,

der Medianwert betrug 15,6 $\mu\text{g/l}$. Bei der Gruppe, die über Boden und Grundwasser betroffen war, lag der maximale PFOA-Wert nur knapp über 20 $\mu\text{g/l}$, der Median betrug 2,3 $\mu\text{g/l}$, der Unterschied ist also deutlich erkennbar.

Der von der Kommission Human Biomonitoring des Umweltbundesamtes abgeleitete sogenannte HBMI-Wert (siehe Hintergrund) für PFOA liegt bei zwei Mikrogramm pro Liter. Eine Überschreitung bedeute jedoch nicht zwingend, dass eine konkrete Gesundheitsgefahr zu befürchten sei, so das Ministerium. Auf die Frage dieser Zeitung, ob denn PFOA im Blut zum Beispiel Konsequenzen für belastete Frauen mit Kinderwunsch habe, hieß es aus dem Sozialministerium: „Da aktuell keine Hinweise auf unmittelbare Gesundheitsgefahren bestehen, wird zu keiner Maßnahme bezüglich Kinderplanung auf dieser Ba-



IN DEN JAHREN 2020 UND 2023 sollen laut Ministerium erneut Blutuntersuchungen gemacht werden, um zu klären, wie sich die Belastung über die Jahre hinweg entwickelt. *Symbolfoto: dpa*

Das Blut von 348 Freiwilligen aus dem belasteten Gebiet in Mittelbaden, wurde, eingeteilt in drei verschiedene Belastungsgruppen, in dem Monitoring auf verschiedene PFC untersucht:

- **Gruppe A**, PFC-belastetes Trinkwasser (Kuppenheim, Gernsbach-Kernstadt)
- **Gruppe B** belastete Böden und Grundwasser (Bühl-Weitenung, Sinzheim-Müllhofen, Sinzheim-Halbers-tung, Sinzheim-Schiftung)

Hintergrund

- **Gruppe C** ohne PFC-Belastung (Au am Rhein, Bietigheim, Durmersheim, Elchesheim-Iltingen, Ötigheim, Steinmauern)

Die jetzt noch ausstehenden Ergebnisse werden in dem für Dezember 2018 vorgesehenen Bericht ausführlich dargestellt. Die Studie sieht in den

Jahren 2020 und 2023 jeweils weitere Blutkontrolluntersuchungen vor. Der HBMI-Wert stellt die Grenze dar, bis zu der davon ausgegangen werden kann, dass nicht mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung zu rechnen ist.

Internet

<https://sm.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheits-pflege/gesundheits-schutz/was-sind-pfc/>

Minister Lucha macht Druck

sis geraten.“ Und weiter: „Frauen, die bei unserer Studie erfahren haben, dass sie PFC im Blut haben, sollten ihren Kinderwunsch nicht wegen dieses Befunds verschieben.“

Weitere Auswertungen zum möglichen Einfluss anderer Faktoren auf höhere PFC-Konzentrationen im Blut sollen in den kommenden Monaten vorgenommen und die Ergebnisse in einem Bericht im Dezember ausführlich dargestellt werden. „Es ist wichtig, dass die Wissenschaft hier vorankommt und unter Einschluss unserer Untersuchungen die Ergebnisse auf Bundesebene zusammengeführt werden“, forderte Minister Lucha. Die grünen Landtagsabgeordneten Bea Böhlen und Thomas Hentschel sehen nach den ersten Ergebnissen der Blutuntersuchungen die Handlungsstrategie des Landes gerechtfertigt. „Es ist gut, dass sich Minister Lucha unmittelbar nach Amtsantritt der PFC-Problematik angenommen hat, nachdem seine Vorgängerin leider lange Zeit keinen Handlungsbedarf sah“, teilte Böhlen mit. „Wir dürfen aber nicht nachlassen.“ Der SPD-Landtagsabgeordnete Jonas Weber kritisierte: „Bis heute gibt es keine Unterstützung der Wasserversorger für die aufwendige Aufbereitung des Trinkwassers.“ Die Zeche für diese Umweltsauerei zahlten die Verbraucher